

Will die Schweiz eine Luftverteidigung?

**Oberst i Gst Michele Moor,
Präsident SOG**

Am 13. August informierte Bundesrat Martin Pfister die Presse über den momentanen Stand der Gespräche sowie die geplanten nächsten Schritte beim Ankauf der F-35-Kampfflugzeuge. Die Regierung stimmt einer Preissteigerung zu. Dieser Entschluss ist zwar schmerzlich, jedoch notwendig. Wer sich heute gegen den vom Volk bewilligten Erwerb dieser Flugzeuge stellt, geht leichtfertig mit der Sicherheit der Schweiz um. Seit Ende Juni fordern die USA einen höheren Betrag für die von der Schweiz bestellten F-35. Diese zusätzlichen Ansprüche werden mit den gestiegenen Herstellungskosten aufgrund von Inflation und erhöhten Materialpreisen begründet. Bundesrat Martin Pfister teilte mit, dass die Schweiz diese Mehrkosten annehmen wird.

Die Reaktion der Medienschaffenden

Erstaunlich und zugleich beunruhigend war, dass anlässlich dieser Pressekonferenz niemand unter den anwesenden Medienschaffenden eine sicherheitspolitische Frage gestellt hat. Stattdessen dominierten Themen wie die Wirtschaftspolitik der Schweiz und das Verhältnis zu den USA. Diese Einseitigkeit ist mehr als nur eine journalistische Randnotiz – sie ist ein Symptom. Die Sicherheitspolitik scheint im öffentlichen Diskurs noch immer nicht den Stellenwert zu haben, den sie angesichts der geopolitischen Lage verdient.

Die Meinung der SOG

Die SOG unterstützt den Entscheid des Bundesrates: Der F-35 ist unerlässlich, um die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Wie ich bereits in der letzten ASMZ-Ausgabe geschrieben habe, würde die Schweiz ohne diese neuen Flugzeuge in einigen Jahren ohne Luftverteidigung dastehen – was inakzeptabel ist, nicht zuletzt, weil somit eine Sicherheitslücke inmitten von Europa entstehen würde. In einer immer mehr instabilen, vom Wettrennen geprägten Welt ist der F-35 wichtig – auch für Luftpolizeinsätze, um die

Sicherheit der zivilen Luftfahrt zu gewährleisten.

Die Klärung der Verantwortung

In den letzten Monaten war es scheinbar nicht möglich, die USA mit überzeugenden Argumenten dazu zu bewegen, von ihrer Position abzurücken. Trotz der Dringlichkeit dieses Erwerbs ist eine Aufarbeitung des Geschehens notwendig: Die damalige Bundesrätin Viola Amherd hatte über Jahre betont, mit den USA einen Fixpreis vereinbart zu haben. Dass nun unerwartet zusätzliche Ausgaben entstehen, ist bedauerlich und wirft berechnete Fragen auf. Wie eine bürgerliche Partei zu Recht verlangt hat, sind Bundesrat und Geschäftsprüfungskommission gefordert, zu klären, wie diese falsche Erwartungshaltung entstehen konnte und ob im Beschaffungsverfahren Versäumnisse oder Fehler passiert sind.

Die Position der Politik

Was die Schweiz jetzt nicht braucht, sind parteipolitische Scharmützel, sondern ein geeinter, entschlossener Einsatz der Politik für eine glaubwürdige Gesamtverteidigung. Medien und Parteien, die den F-35 nie wollten und sich seit Langem für die Abschaffung der Armee einsetzen, sollten nicht andere Themen missbrauchen, um das Projekt zu hindern: Die Sicherheit der Schweiz ist wichtiger und langfristig bedeutender als die aktuelle Preis- oder Zollproblematik.

Noch immer fehlt ein strategisch durchdachtes, bedrohungsorientiertes Finanzierungsmodell. Statt mit einer nüchternen Bedrohungsanalyse zu beginnen, werden Mittel nach politischer Opportunität verteilt. Ein verantwortungsvoller sicherheitspolitischer Prozess muss jedoch immer mit der Frage beginnen: Welche realistischen und gefährlichsten Bedrohungen stehen uns bevor? Erst danach lässt sich bestimmen, welche Mittel notwendig sind, und erst dann sollte über die Finanzierung entschieden werden. Prioritäten müssen gesetzt werden, aber basierend auf klaren sicherheitspolitischen Kriterien, nicht auf wackeligen politischen Kompromissen.

Die Ausgaben für die Verteidigung

Besorgniserregend ist, dass in der Schweiz noch immer darüber diskutiert wird, ob ein Verteidigungsbudget von 1 Prozent des BIP zu hoch sei, während andere Länder bis zu 3 Prozent investieren. In der Bevölkerung wächst das Verständnis, dass Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben ist. Deshalb sollte eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf 3 Prozent des BIP, unter Beibehaltung der Schuldenbremse, sofort ernsthaft geprüft werden. Wer Verteidigungsfähigkeit nicht nur auf dem Papier will, muss bereit sein, in die notwendigen Mittel zu investieren – auch wenn es kostet und politisch unbequem ist. Die Beschaffung des F-35-Kampfflugzeugs ist hierfür ein Paradebeispiel. Der F-35 ist kein Prestigeprojekt, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Er bietet Fähigkeiten, die weit über den Ersatz alter Maschinen hinausgehen, und stellt einen technologischen Schutzschild dar, der auch die Schweiz vor aggressiven Autokratien schützt. Ein Abbruch der Beschaffung wäre nicht nur fahrlässig, sondern würde der Glaubwürdigkeit der schweizerischen Verteidigung irreversibel schaden.

Die Konsequenzen der Friedensdividende

Viele europäische Staaten, leider auch die Schweiz, haben sich über Jahrzehnte auf der Friedensdividende ausgeruht. Die Verteidigungsfähigkeit wurde systematisch abgebaut, Sicherheitsfragen in den Hintergrund gedrängt. Nun rächt sich diese Vernachlässigung. In einer Zeit steigender geopolitischer Spannungen müssen gerade jene Länder massiv investieren, die am wenigsten vorbereitet sind. Das bedeutet höhere Kosten, lange Lieferzeiten und den mühseligen Wiederaufbau einer abgebauten Rüstungsindustrie – leider auch in der Schweiz.

Die Sicherheitspolitik ist mindestens so wichtig wie die Wirtschaftspolitik – vor allem heutzutage. Gerade ein wohlhabendes Land wie die Schweiz kann es sich nicht leisten, auf die besten Verteidigungssysteme allein aus Preisgründen zu verzichten. Wie ich bereits in der letzten ASMZ-Ausgabe geschrieben habe: Verteidigungsbereitschaft verlangt Mittel und kostet Geld. Wer diesen Satz nicht ernst nimmt, riskiert nicht nur den Wohlstand, sondern die Grundlage des freien Zusammenlebens in der Schweiz.